Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 16 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel 1 oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Zifferanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: 219361—219366
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 221 × Dienstag, 21. September 1937 45. Jahrgang

Chamberlain will Verhandlungen mit Italien

Englisch-französische Besprechungen über Italiens Teilnahme an der Mittelmeerkontrolle — Die Trauerfeierlichkeiten in Prag

London und Genf

Englische Stimmen zur Rede Edens

Telegramm unsres Korrespondenten

A. **London**, 21. September

Nachdem Premierminister Chamberlain seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen hat, hat eine lebhafte diplomatische Tätigkeit in London eingesetzt. Der Premierminister hatte gestern eine halbstündige Unterredung mit dem französischen Botschafter, in der das Arrangement von Nyon und die Zukunft des Nichteinmischungsausschusses zur Sprache gekommen sein dürften. Es fällt auf, daß die regelmäßige allwöchentliche Mittwochsitzung des Kabinetts in dieser Woche ausfallen wird, obwohl nach der Rückkehr des Premierministers aller Anlaß bestehen dürfte, diese Uebung wieder aufzunehmen und ursprünglich wohl auch die Absicht bestanden hat, die Sitzung morgen abzuhalten. Ein Morgenblatt legt die Absage dahin aus, daß der Premierminister zu vermeiden wünsche, durch Einberufung seines Kabinetts die allgemeine Aufmerksamkeit auf London zu lenken und womöglich die internationale Spannung noch zu erhöhen. Im Mittelpunkt des Interesses steht natürlich die

Rede Edens in Genf,

zu der die „Times" bemerken, sie habe den Finger auf die Gefahren der spanischen Situation gelegt. Was die Konferenz von Nyon anlange, so habe Eden wiederum klargestellt, daß die Konferenzmächte nicht auf Italien hätten warten können, gleichzeitig aber auch, daß das Arrangement von Nyon Bestimmungen vorsehe, die eine Revision ermöglichten und der italienischen Regierung nach wie vor Gelegenheit böten, sich dem Arrangement anzuschließen. Abschließend erklärt das Blatt, das Angebot Edens an die Mächte, die keinen genügenden Zugang zu den Rohstoffen der Welt hätten, sei sehr wichtig. Sollte sich eine Macht finden, der Edens Angebot nicht weit genug gehe, so müsse verhandelt werden. Auch „Daily Telegraph" glaubt, daß zu gegebener Zeit

Verhandlungen über die deutsche Kolonialforderung

begonnen werden müßten, aber die Lage in Europa müsse erst ruhiger werden. Dagegen ist die „Morning Post" der Ansicht, daß Edens Angebot in der Rohstofffrage in keiner Weise zur Lösung des Kolonialproblems beitragen könne, auch wenn die nichtbesitzenden Staaten dieses Angebot annähmen. Aehnlich zwiespältig ist auch die Meinung der englischen Presse über die Ausführungen Edens über die Nichteinmischung. Der marxistische „Daily Herald" will Edens Aeußerung, daß England allein das Schicksal der Nichteinmischungspolitik nicht bestimmen könne, als Unterstützung der Worte von Delbos bewerten, der ja in seiner Rede in Genf mit dem Ende der Nichteinmischungspolitik gedroht habe, und der gestern, wie sich „Daily Telegraph" von Pertinax berichten läßt, Eden eröffnet habe, daß die französische Nichteinmischungspolitik sich nicht mehr aufrechterhalten lasse — was praktisch die Aufhebung der Pyrenäenkontrolle bedeuten würde —, wenn nicht die ausländischen Freiwilligen aus Spanien zurückgezogen würden. Aber andre Blätter sind wieder der Ansicht, daß Frankreich vielmehr die Nichtentsendung weiterer ausländischer Freiwilliger zur Bedingung seiner weiteren Teilnahme an der Nichteinmischungspolitik gestellt habe, und Eden soll auf alle Fälle Delbos noch keinerlei Zusage gemacht haben. Wie vorsichtig in alledem sich die englische Presse zurückhält, beweist auch, daß sich im allgemeinen die Blätter jeder Stellungnahme zur

Nichtwiederwahl Rotspaniens in den Völkerbundsrat

enthalten. Die Londoner Morgenpresse berichtet zwar ausführlich über den gestrigen Tag in Genf und über die Tatsache, daß Sowjetspanien nicht in den Rat wiedergewählt wurde. Nur „Daily Mail" schreibt, der Ausschluß des bolschewistischen Spaniens aus dem Völkerbundsrat sei das beste, was der Völkerbund im Laufe seiner augenblicklichen Sitzung getan habe.

Die Kosten der Mittelmeerkontrolle

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

London, 21. September. (Durch United Preß)

Die englisch-französische Mittelmeerkontrolle wird nach hiesigen Schätzungen wöchentlich etwa eine Viertelmillion Dollar kosten. Man nimmt an, daß dem britischen Parlament unmittelbar nach seinem Zusammentritt Ende des Monats eine zusätzliche Marinevorlage eingereicht werden wird. Inzwischen treffen immer neue Einheiten der britischen und französischen Marine im Mittelmeer ein. Theoretisch genommen ist die Kontrolle seit dem Abkommen in Nyon selbst in Kraft, praktisch hat sie mit der Entsendung des britischen Kreuzers „Cairo" und der 4. britischen Zerstörerflottille ins Mittelmeer am 14. September begonnen.

Die „Offene Tür"

Es ist kein Zweifel, daß im Mittelpunkt aller diplomatischen Gespräche, die augenblicklich zwischen England und Frankreich geführt werden und die heute in Edens Unterredung mit Chautemps einen Höhepunkt erreichen werden, die Beteiligung Italiens an der Mittelmeerkontrolle steht, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß Ministerpräsident Chamberlain nunmehr überall, in London und Paris und Rom, eine starke Initiative in dieser Hinsicht zugeschrieben wird. (Vgl. den Bericht unsres Pariser Korrespondenten.) Aber wenn nunmehr das offiziöse Reuterbüro gestern abend wieder verlautbart hat, daß England nach wie vor bemüht sei, die „Tür für Italien offenzuhalten", aber Italien neue konkrete Vorschläge unterbreiten müsse, so liegt doch Italiens Standpunkt vollkommen klar vor aller Augen und ist von Graf Ciano nochmals unmißverständlich dargelegt worden. Er heißt: Gleichberechtigung, Gleichstellung der italienischen Flotte mit der englischen und französischen. Wenn nun daraufhin Reuter erklärt, dieser Anspruch werde als unwichtig betrachtet, da selbst zwischen Frankreich und England hinsichtlich des Ausmaßes ihrer Beteiligung an der Kontrolle keine Gleichheit bestehe, so heißt das, an den Dingen vorbeireden, und wenn weiter mitgeteilt wird, die etwa von Italien erwarteten Vorschläge würden dann den andern Mitgliedern der Konferenz von Nyon zur Prüfung überwiesen werden — unter denen sich bekanntlich auch die Sowjets befinden —, so ist dies auch ein nicht gerade einladender Passus.

Es geht aus alledem hervor, daß noch immer hier große Unklarheiten in der Mittelmeerpolitik bestehen, und die Rede Edens in Genf hat nicht dazu beigetragen, diese Unklarheit zu beseitigen, wie aus den Kommentaren der englischen Blätter selbst hervorgeht.

Eden bespricht sich mit Chautemps

Hauptthema: Italien — Die Rede des englischen Außenministers in Genf

Telegramm unsres Korrespondenten

H. **Paris**, 21. September

Auf der Rückreise von Genf trifft der englische Außenminister Eden heute in Paris ein, wo er eine eingehende Unterredung mit Ministerpräsidenten Chautemps haben wird, dessen Hauptthema die Frage sei, in welcher Form Italien an der Seepolizei im Mittelmeer teilnehmen soll.

Wenn man gewissen Indiskretionen in Paris glauben darf, hat der englische Premierminister Chamberlain gewisse offiziöse Kommentare über Sinn und Bedeutung der Beschlüsse der Nyoner Konferenz ausdrücklich abgelehnt. Er hatte es mißbilligt, daß das Nyoner Abkommen im Sinne einer machtpolitischen, imperialistischen Aufteilung des Mittelmeers angesehen würde. Er habe besonderen Wert darauf gelegt, daß die Verhandlungen mit Italien über die gleichberechtigte Eingliederung Italiens in die Mittelmeerbeschlüsse fortgesetzt würden. So glaubt man denn in Paris, auf diplomatischem Gebiet wieder eine kleine Entspannung verzeichnen zu können und man erklärt nun auch in Paris, daß auch für Frankreich ein Ausgleich mit Italien einen hohen Wert habe und teilt mit, daß mehrere neutrale Staaten in Genf als eifrige Vermittler und Fürsprecher einer Verständigung mit Rom und Berlin aufgetreten seien.

•

In der gestrigen Völkerbundsversammlung hielt Außenminister Eden eine Rede, in der er zunächst auf die fortschreitende Verwirklichung des englischen Rüstungsprogramms hinwies. Solange kein allgemeines Abkommen zur Einschränkung der Rüstungen erzielt sei, werde England alle Ausgaben in dem notwendigen Umfange bewilligen. Ueber Spanien sprach Eden unter dem Gesichtspunkt des Nichteinmischungsabkommens, dem die Erhaltung des Friedens zu verdanken sei. Trotz der vorgekommenen Verletzungen des Abkommens und obwohl die Zurückziehung der „Freiwilligen" nicht erreicht worden sei, würde die Gefahr für den europäischen Frieden noch größer, wenn die Nichteinmischungspolitik aufgegeben würde. Ihr Erfolg hänge aber nicht allein von der englischen Regierung ab. Die englische Regierung werde keiner Bemühung fernbleiben, die die Ausdehnung des Konflikts verhindern könne. Hierauf sprach Eden ausführlich über die Bedeutung des Abkommens von Nyon, wobei er feststellte, daß das „Arrangement" in Kraft sei, daß aber mit andern Ländern über eine Mitarbeit verhandelt werde. Bezüglich Ostasiens stellte er fest, daß keine Bemühung der drei Mächte von irgendeinem Erfolg gekrönt gewesen sei. Schließlich behandelte er sehr ausführlich und positiv die Berichte des Wirtschafts- und des Rohstoffausschusses des Völkerbundes, wobei er erklärte, die englische Regierung sei bereit, mit den einzelnen Regierungen über die Gewährung von Vorzugszöllen in Kolonialgebieten zu verhandeln, falls diese Länder ihre Handelsschranken herabsetzten.

Die Völkerbundsversammlung hat mit 48 bzw. 46 Stimmen Iran und Peru für die nächsten drei Jahre zu Ratsmitgliedern gewählt.

Engländer verlassen Nanking nicht

Japanischer Massenluftangriff nochmals angekündigt

* **Schanghai**, 21. September

Ein Sprecher der japanischen Marinestellen kündigte den japanischen Massenluftangriff auf Nanking für heute nachmittag an. „Von heute mittag an", so sagte er, „wird Nanking für die Ausländer ein weit gefährlicherer Aufenthalt sein als in den letzten zwei Tagen. Denn zu den Zielen unsrer heutigen Bombenabwürfe werden nicht nur die chinesischen Militärstützpunkte Nankings gehören, sondern auch alle Stadtteile, in denen die Chinesen ihre Kommandostellen untergebracht haben."

Der britische Geschäftsträger Howe hat die japanische Anregung, daß die britischen Staatsangehörigen Nanking räumen sollen, abgelehnt. Howe hat vielmehr erklärt, die japanische Regierung werde dafür verantwortlich gemacht, wenn ein britischer Staatsangehöriger getötet oder verwundet oder irgendwelches britisches Eigentum durch Luftangriffe auf die chinesische Hauptstadt beschädigt werden sollte. Er habe ferner betont, er bleibe mit seinem Stabe in Nanking. Der japanischen Botschaft habe er einen Plan mit der Lage der britischen Häuser und Wohnungen zugestellt. Auf jeden Fall sei die zeitliche Begrenzung zur Evakuierung der britischen Staatsangehörigen zu kurz gewesen, um jeden einzelnen gebührend warnen zu können.

Bei dem gestrigen neuen Luftangriff der Japaner auf Nanking, über den wir bereits in einem Teil der letzten Ausgabe berichtet haben, wurden von 50 japanischen Flugzeugen insgesamt 80 Bomben abgeworfen. Auf Grund der japanischen Ankündigung eines verschärften Luftbombardements der Stadt hat die amerikanische Botschaft beschlossen, Nanking zu verlassen, und sich auf einem USA.-Kanonenboot einzuschiffen, das stromaufwärts vor Anker gehen wird. Im Verfolg der Sicherung der Angehörigen der deutschen Kolonie Nanking wurden Maßnahmen getroffen, um für etwa 80 in Nanking verbleibende Deutsche die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Etwa 15 Deutsche verließen Nanking.

Die Dächer der zur britischen Botschaft gehörenden Gebäude ebenso wie auch die sonstigen Häuser britischer Staatsangehöriger sind groß und sichtbar mit den britischen Farben bemalt worden. Zum Schutz der britischen Kolonie Nankings hat man außerdem bombensichere Unterstände geschaffen.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 3)

Schulpolitik in Polen

Von unserm Korrespondenten

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

Dr. K. **Warschau**, Mitte September

Das Schulwesen eines Landes ist der Spiegel seines Kulturstandes. Das gilt auch für die Volksgruppen unter fremder Herrschaft. Wenn deshalb manche polnischen Zeitungen von dem hohen Stand des deutschen Schulwesens in Polen auf die uneingeschränkte Toleranz der polnischen Behörden schließen zu müssen meinen und umgekehrt aus dem schwachen Besuch der polnischen Schulen in Deutschland auf das Gegenteil von Toleranz, so ist das schon von diesem Gesichtspunkt aus ein Trugschluß. Die sehr oberflächliche polnische These bedarf einer Korrektur, nicht erst seit heute, nachdem es offenbar geworden ist, daß die Inhaber der Macht in Polen einen erheblichen Abbau des deutschen Schulwesens betreiben, so besonders in Ostoberschlesien, sondern schon seit jeher, denn die Erhaltung ihres Schulwesens verdanken die Deutschen in Polen hauptsächlich ihrer eigenen Kraft. Es gründet sich ganz erheblich auf ein hochentwickeltes System von Privatschulen, zu denen der Staat gar nichts oder doch nur verschwindend wenig beiträgt. Seine Toleranz beschränkt sich hier im wesentlichen auf die Duldung dieser freiwillig übernommenen Doppelbesteuerung, die die Erhaltung eines so ausgedehnten Schulsystems für die Deutschen bedeutet. Anderseits hat das Deutsche Reich der polnischen Minderheit die überwiegende Mehrzahl der auf seinem Gebiet unterhaltenen Schulen auf eigene Kosten übernommen und hält sie auch dann offen, wenn die Schülerzahl auf eine verschwindend kleine Zahl zurückgegangen ist. Es kann zugegeben werden, daß der polnische Staat sich an manchen Orten genötigt sah, die von ihm unterhaltenen Minderheitsschulen zu schließen, weil die Deutschen parallel dazu Privatschulen eingerichtet hatten, denen nun ihre Kinder zuströmten, obwohl dadurch höhere Kosten entstanden. Warum geschah das? Weil die deutschsprachigen Staatsschulen überwiegend von polnischen Rektoren geleitet und mit polnischen Lehrern besetzt wurden, die nicht nur sprachlich den Anforderungen nicht genügten, sondern meist als Mitglieder politischer polnischer Verbände es als ihre patriotische Pflicht betrachteten, das Niveau der Schulen zu drücken und durch Vermehrung des in polnischer Sprache vermittelten Lehrstoffes den Minderheitencharakter der Schulen allmählich zu verwischen. So mußte es dahin kommen, daß man deutscherseits von den Möglichkeiten der Privatschulgesetze weitestgehenden Gebrauch machte.

Absolut gesehen lag die Vermehrung der Privatschulen im Gesamtinteresse des polnischen Staates. Dieser Tage beklagte das Warschauer Organ der polnischen Militärkreise „Polska Zbrojna" den niedrigen Stand des polnischen Bildungswesens. Man muß wissen, daß es in Polen fast eine Million schulpflichtiger Kinder gibt, die überhaupt keinen Schulunterricht erhalten, weil es an Lehrkräften und an Schulgebäuden fehlt. Das polnische Blatt wies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der nationalen Minderheiten hin und bezeichnete die geringe Zahl polnischer Privatschulen als geradezu beschämend. Was soll es also bedeuten, wenn der schlesische Woiwodschaftssejm unmittelbar nach Ablauf der Genfer Konvention ein neues Privatschulgesetz erließ, das den Kindern außerhalb einer drei Kilometerzone den Besuch der Privatschulen verbietet, auch dann, wenn die Deutschen für tägliche Fahrgelegenheit sorgen, während die polnische Eisenbahn doch selbst einen besonderen Tarif für Fahrschüler kennt? Damit sind nicht nur die wichtigsten Grundsätze der Genfer Konvention beseitigt. Obwohl in der Begründung zum Gesetz ausdrücklich „festgestellt" wird, daß es grundsätzlich den Bestimmungen der Konvention entsprechen solle, geht es noch über den Rahmen des allgemeinen polnischen Privatschulgesetzes hinaus, so daß sich auch hier die ostoberschlesische Selbstverwaltung, die doch ihren eigentlichen Sinn nur in der Berücksichtigung des gemischtnationalen Charakters dieses Landes finden kann, geradezu gegen die Bewohner deutscher Nationalität auswirkt. Aber die Tendenz des Abbaus deutscher Privatschulen beschränkt sich nicht allein auf Ostoberschlesien, obwohl sie hier am stärksten zum Ausdruck kommt, sondern auch in Kolchanien wurden in diesen Tagen drei deutsche Privatschulen geschlossen. Es ist ein quälender und zermürbender Prozeß, der sich da vollzieht.

Selbst nach der polnischen amtlichen Statistik, die allerdings in den Besuchszahlen zu niedrig greift, unterhielten die deutschen Schulvereine in Polen im Schuljahr 1934/35 15 Kindergärten, 86 Volksschulen und 7 Mittelschulen (Gymnasien) mit 500 vorschulpflichtigen Kindern, 4100 Volksschülern und 1200 Mittelschülern (Gymnasiasten). Diese Zahlen haben sich durch die Entwicklung in Ostoberschlesien in